

# Die ratlose Dame Europa

Die EU könnte eine große Rolle in der Weltpolitik spielen, wenn sie sich ihren Bürgern bloß besser erklärte

Werner Weidenfeld

Europa könnte ein neues Kapitel seiner Erfolgsgeschichte schreiben. Die Bewohner der Europäischen Union haben erkannt, dass für die Agenda der Zukunft der einzelne Staat zu klein und der Hinweis auf die Globalität zu diffus ist. Der Kontinent aber, auf dem rund 500 Millionen Menschen ihr Zusammenleben politisch organisieren, ist die angemessene Größenordnung. In der Wahrnehmung seiner Bürger hat Europa auf dem Unterfutter globaler Finanzkrisen enorm an Bedeutung gewonnen.

Trotzdem schlägt es gerade eine neue Seite seines umfangreichen Buches der verpassten Chancen auf. Die Menschen begeben sich in eine Art innerer Migration, weil die Politik ihnen keine Orientierung bietet.

Warum eigentlich nicht? Vor einigen Jahren hatte bereits der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy einen strategischen Aufbruch gefordert. Bei seinen europäischen Kollegen aber löste er nur Vorbehalte aus.

Dabei ist die Liste existenzieller Zukunftsfragen nicht zu übersehen: Das Thema Sicherheit stellt sich mit völlig anderer Dringlichkeit. Das alte Prinzip der Abschreckung ist ausgehebelt. Die Bedrohung ist viel differenzierter, schwieriger zu kalkulieren und multidimensionaler – global vernetzt, mobiler, ihre Technologie wandelt sich schneller. Die Politik muss strategische Antworten auf diese Probleme erarbeiten, will sie die Chance auf ein Überleben stärken.

## Furcht vor Unpopularität

Bisher aber taucht die Politik ab. Die dramatischen Veränderungen der Demografie ignoriert sie in geradezu peinlicher Form – sie fürchtet punktuelle Unpopularität. Dabei leben in ganz Europa zunehmend ältere und immer weniger junge Menschen; das Arbeits- und Sozialleben aber folgt immer noch der Logik des 19. Jahrhunderts. Damals waren Menschen wegen ihrer harten Arbeit und ihrer schlechten Ernährung sehr früh körperlich verbraucht. Entsprechend wurde der Ruhestand organisiert. Heute bleiben die Menschen zwar bis ins hohe Alter arbeitsfähig, werden aber künstlich aus dem Arbeitsmarkt entfernt. Die Politik kennt die Schärfe der Daten, wagt sich aber nicht an die Lösung des Problems.

Beim Thema der Energieversorgung sieht der Befund ähnlich aus: Europa ist der größte Energieimporteur der Welt, unsere Lieferanten sind aber im Wesentlichen Länder in Krisenregionen oder machtbesessene Staaten ohne Stabilitätsgarantie. In Europa brennen künftig nur die Lichter, wenn es sich auf ein global angelegtes gemeinsames Konzept der Energiesicherung verständigt. Bislang ist davon wenig zu spüren.

Europa trägt als eine werdende Weltmacht natürlich eine große weltweite Mitverantwortung. Doch gleichgültig, ob es sich um die globalen Finanzmärkte oder den Klimawandel handelt, um Migration oder ethnologische Konflikte – keine Weltmacht kann solche Herausforderungen allein bewältigen. Wir brauchen dazu strategische Partnerschaften. In Indien, China und Brasilien sucht Europa bis heute aber vergeblich nach solchen Partnern. Nicht einmal bei

den USA oder Russland lassen sich strategische Profile ausmachen.

Die EU verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber leidet sie unter der gleichen Erosion der politischen Kultur wie auch ihre Mitgliedstaaten. Hier wie dort bedarf es dringend einer Strategie, eines Zukunftsbildes und einer Botschaft – aber hier wie dort wird nur punktuell, situativ und sprunghaft agiert. Das politische Grundmuster muss sich ändern.

Aber wie soll Europa die großen Zukunftsschritte angehen? Aus einem historischen Beispiel lassen sich interessante Schlussfolgerungen ziehen: Anfang der 80er-Jahre befand sich die europäische Integration im tiefen Niedergang. „Eurosclerosis“ wurde zum Schlüsselbegriff. Europa konnte mit den dynamischen Märkten nicht mehr mithalten. Es schien erschöpft, gleichsam ein Ausschnitt aus dem Museum. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand erkannten die Notwendigkeit eines strategischen Aufbruchs.

Es bedurfte eines entsprechend begabten politischen Kopfes. Sie fanden ihn: Jacques Delors, starker französischer Finanzminister. Die meisten sahen in ihm den zukünftigen französischen Staatspräsidenten. Er aber nahm die Herausforderung Europa an. Zunächst zog er sich für einige Monate zurück, um, wie er sagte, strategisch nachzudenken. Dann trug er sein Ergebnis vor: Europa brauche zum Aufbruch eine große historische Aufgabe. Das könnten die Neuorganisation der Sicherheit oder die Vollenkung des Binnenmarkts sein. Nur für eine dieser großen Aufgaben besitze Europa die Kraft. Die Wahl fiel auf den Binnenmarkt. Dies bedeutete die mehrjährige Umsetzung von fast 300 Gesetzen. Es gelang der Politik, die Öffentlichkeit mit den Daten und Argumenten des umfangreichen Cecchini-Reports zu überzeugen. Der einschlagene Kurs wurde politisch über etliche Jahre durchgehalten.

## Besser erklären

Aus diesem gelungenen Beispiel können wir für unsere gegenwärtigen Herausforderungen lernen: Wir brauchen starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe. Notwendige Schritte müssen erklärt und vertrauensbildend umgesetzt werden.

Jürgen Habermas legt den Finger in die offene politische Wunde unserer Zeit. Er kritisiert „eine normativ aberüstete Generation, die sich von einer immer komplexer werdenden Gesellschaft einen kurzatmigen Umgang mit den von Tag zu Tag auftauchenden Problemen aufdrängen lässt. Sie verzichtet im Bewusstsein der schrumpfenden Handlungsspielräume auf Ziele und politische Gestaltungsabsichten, ganz zu schweigen von einem Projekt wie der Einigung Europas.“

Es liegt auf der Hand: Europas Politik muss das Erklärungsdefizit eliminieren. Sie muss viel mehr Zeit und Kraft darauf richten, ihr Handeln zu erläutern. Wer die Deutungshoheit gewinnt, gewinnt auch die Zukunft.

E-Mail [leserbriefe@ftd.de](mailto:leserbriefe@ftd.de)

Werner Weidenfeld ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München.

# Währungskrieg – na und?

Die weitverbreitete Angst vor einem Abwertungswettlauf ist unbegründet. Im Gegenteil: Der Kampf um die billigste Währung wird den weltweiten Aufschwung unterstützen

Fabian Fritzsche

Seit Wochen geistert die Angst vor einem Währungskrieg durch die Medien. Mit martialischer Rhetorik warnen Politiker und Ökonomen vor Zuständen wie Anfang der 30er-Jahre, vor einer Abwärtsspirale der Weltwirtschaft. Sie befürchten, die Staaten beziehungsweise Währungsräume könnten in einen Abwertungswettlauf eintreten, bei dem jeder versucht, seine Währung gegenüber den anderen Währungen zu verbilligen, um so die Exporte anzuregen und die Importe zu verteuern.

Die Aufregung über diese Vorgehensweise ist deshalb so groß, weil sie als schädlich für die Weltwirtschaft wahrgenommen wird. Wenn alle sie gleichzeitig anwenden, so die Befürchtung, werde sie zum Gegenteil des gewünschten Effekts führen. Wie es dazu kommt, bleibt jedoch offen, und bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die angebliche Gefahr als genauso gegenstandslos wie der Verweis auf die Weltwirtschaftskrise.

Hintergrund der Abwertungsüberlegungen ist die Unterbewertung des chinesischen Renminbi gegenüber dem Dollar, den die chinesische Zentralbank durch den Kauf amerikanischer Wertpapiere erreicht. Diese Unterbewertung des Renminbi ist gleichbedeutend mit einer Überbewertung des Dollar, worauf einige Ökonomen und amerikanische Politiker das hohe Handelsbilanzdefizit der USA mit China zurückführen. Um den Dollar abzuwerten, haben die USA zwar nicht die Möglichkeit chinesische Wertpapiere in größerem Stil zu kaufen. Doch wenn die US-Zentralbank Fed wie angekündigt massiv eigene Staatsanleihen kauft und dadurch die Geldmenge erhöht („Quantitative Easing“), kann sie neben der eigentlich bezweckten Zinssenkung auch eine allgemeine Abwertung des Dollar gegenüber allen frei handelbaren Währungen in Gang setzen.

Die jüngste Dollar-Schwäche gegenüber dem Euro kann als Indiz für die Wirkung dieser Politik gewertet werden, in deren Folge sich die Handelsbilanz der USA verbessern wird. Reagieren die anderen Volkswirtschaften auf die Aufwertung ihrer Währung, weil sie selbst ebenfalls eine Verbesserung ihrer Handelsbilanz erzielen wollen, beginnt

der Abwertungswettlauf. Die Bank of England und die Europäische Zentralbank (EZB) würden dann ihrerseits die Geldmenge durch den Kauf von Staatsanleihen und anderen lang laufenden Anleihen deutlich erhöhen, um so eine Abwertung zu erwirken. Im Endeffekt wertet dabei keine der beteiligten Währungen gegenüber den anderen am Wettlauf beteiligten Währungen ab, lediglich die langfristigen Zinsen fallen noch weiter und die Geldmenge wird deutlich erhöht. Dies wirkt sowohl nach historischer Erfahrung als auch nach Lehrbuchtheorie expansiv, im schlechtesten Fall ist der Einfluss auf das reale Bruttoinlandsprodukt gering, und es steigt in erster Linie die Inflation. Angesichts der weiterhin hohen Unterauslastung der Kapazitäten und hoher Arbeitslosigkeit in den meisten Industrieländern ist diese Gefahr derzeit jedoch gering.

Nach solch einem Muster verlief auch der Abwertungswettlauf Anfang der 30er-Jahre. Es war

den also protektionistische Maßnahmen ergriffen, mit dem Ziel, die eigene Außenhandelsposition auf Kosten der Handelspartner zu verbessern. Da viele Staaten so agierten, brach der Welthandel ein, und es erlitten alle einen Wohlstandsverlust.

Wie dargestellt, können die USA den Dollar nicht gegenüber dem chinesischen Renminbi abwerten, solange die chinesische Zentralbank dies nicht akzeptiert und über verringerte Käufe von US-Wertpapieren eine Aufwertung des Renminbi einleitet. In direkter Reaktion auf China könnten die USA Importzölle auf chinesische Waren verhängen, worauf China vermutlich seinerseits mit Zöllen auf US-Waren reagieren würde. Die Gefahr eines solchen Protektionswettlaufs zwischen den USA und China besteht zwar, die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Entwicklung weltweit ist jedoch gering und eine Wiederholung im Ausmaß wie Anfang der 30er-Jahre extrem unwahrscheinlich. Während sich da-



„Anders als in den 30er-Jahren droht heute im Extremfall nur eine Zuspitzung zwischen China und den USA“

FABIAN FRITZSCHE ist Volkswirt bei Collineo Asset Management

gerade nicht dieser Wettlauf, der vermeintliche Währungskrieg, der die Weltwirtschaftskrise verursachte oder verlängerte. Ganz im Gegenteil ermöglichte erst der Austritt aus dem Goldstandard eine expansive Geldpolitik, die letztlich zum Aufschwung führte. Ziel war zwar damals wie möglicherweise auch heute eine Währungsabwertung, um über den Export wachsen zu können. Da aber letztlich nach und nach alle Volkswirtschaften so handelten, sorgte die durchgehend expansive Geldpolitik dafür, dass die Wirtschaft kräftig wuchs und die Arbeitslosigkeit sank.

Die Gefahr einer Wiederholung der Weltwirtschaftskrise lauert, wenn überhaupt, ganz anders – und auch das zeigt die Krise der 30er-Jahre. Solange der Goldstandard damals bestand, war eine nominale Abwertung der eigenen Währung nicht möglich, der Außenbeitrag konnte lediglich verbessert werden, indem die Importe über andere Wege verteuert und die Exporte verbilligt wurden. Es wur-

mals jede einzelne Volkswirtschaft abgeschottet hat, ist eine solche protektionistische Politik innerhalb der Euro-Zone oder sogar innerhalb der gesamten EU praktisch ausgeschlossen. Auch zwischen den USA (und Kanada) und der EU ist die Gefahr von protektionistischen Maßnahmen gering.

Im Extremfall droht also eine Zuspitzung zwischen den USA und China. Möglicherweise würde China nicht nur mit direkten Gegenmaßnahmen in Richtung USA reagieren, sondern gleichzeitig versuchen, Marktanteilsverluste in Nordamerika über Zuwächse in Europa auszugleichen. Die Europäer könnten darauf ihrerseits mit Schutzzöllen antworten, und es käme zu einer Zerteilung der Weltwirtschaftswelt: die USA und Europa auf der einen und China auf der anderen Seite. China würde also de facto von der Weltwirtschaft ausgeschlossen. Der Schaden für die westlichen Industriestaaten würde sich dagegen auf steigende Preise für einige Massengüter beschränken.

# Wirtschaftspolitische Autisten

Berlin beschwert sich so vehement über die US-Notenbankpolitik, weil sie dem eigenen Exportglauben zuwiderläuft. Dabei müsste sich auf deutscher Seite einiges ändern



Wolfgang Münchau

Mich erstaunt immer wieder, mit welcher Naivität europäische und insbesondere deutsche Politiker mit Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik umgehen. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, Finanzminister Wolfgang Schäuble und auch der Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker haben in dieser Woche Kritik an der amerikanischen Politik der quantitativen Lockerung geübt. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel möchte beim G20-Gipfel diese Woche in Korea ihrem Unmut Luft machen.

Sie alle fürchten, dass eine Abwertung des US-Dollar das zelebrierte Wirtschaftswunder abrupt beenden wird – nicht ohne Grund. Aber niemand hat Deutschland dazu gezwungen, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, deren strategischer Kern darin besteht, Leistungsbilanzüberschüsse auf Kosten der Weltwirtschaft zu erzielen. Deutschland spielte die internationalen Auswirkungen der eigenen Politik immer herunter, verlangt aber verantwortliches Handeln von anderen. Da Merkel jeden Vorschlag einer formellen Begrenzung der Leistungsungleichgewichte abschmettert, braucht sie sich nicht zu wundern, dass die Amerikaner ihrerseits jetzt brutal die eigenen Interessen verfolgen – und die Deutschen und Chinesen an ihren Überschüssen verbluten lassen.

Lassen Sie mich die Frage nach Sinn und Unsinn der quantitativen Lockerung in der heutigen Kolonne ausklammern. Auch ich bin skeptisch, aber aus anderen Gründen. Die Begründung für eine weichere Geldpolitik ist offensichtlich und einfach zu erklären. Die Federal Reserve verfolgt

laut US-Verfassung zwei Ziele: Preisstabilität und Beschäftigung. Die Inflation liegt unter dem inoffiziellen Ziel von zwei Prozent und die Arbeitslosigkeit mit 9,6 Prozent weit über einer neutralen Rate. Die Frage, die sich stellt, ist daher nicht so sehr, ob eine Reduzierung der Zinsen angesagt ist. Das ist ohne Zweifel der Fall. Die Frage ist, ob die geplante quantitative Lockerung wirklich effektiv ist.

Das aber ist nicht der Inhalt der deutschen Kritik. Die Deutschen beklagen, dass die Amerikaner über die Zinspolitik eine Abwertung des Dollar provozieren. Schäuble ging noch weiter. Er behauptete, der Unterschied zwischen den Deutschen und den Amerikanern liege darin, dass die Amerikaner den Wechselkurs abwerten, wohingegen die Deutschen ihre Situation durch mehr Wettbewerbsfähigkeit verbessert hätten.

Schäuble offenbart damit, dass er nicht versteht, wovon er redet. Die Äußerung ist typisch für Menschen, die von der Perspektive eines Unternehmens alles auf die Makroebene projizieren und elementare Denkfehler begehen. Makroökonomisch gesehen ist es egal, ob man die Kosten senkt oder die Währung abwertet. Aus ökonomischer Sicht entscheidend ist nicht der nominale Wechsel-

bewerbswahnsinn am Ende aus. Der Unterschied zwischen den USA und Deutschland ist die Wahl der Mittel. Wir drücken auf die Lohnbremse, die Amerikaner auf die Notenbankpresse.

Um eine internationale Agenda der wirtschaftspolitischen Koordination wird man nicht herumkommen. Ich würde sogar noch weiter gehen und die Forderung von Weltbankpräsident Robert Zoellick nach einer Neuauflage des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse unterstützen. Wir sind an einem Punkt der globalen Krise angelangt, der entschlossenes Handeln verlangt und nicht mehr Merkel'sches oder Obama'sches Zaudern. Ich bin nicht sehr hoffnungsvoll, dass wir es erleben werden – zumindest nicht vor einer neuen gewaltigen Krise.

Der tiefe Grund unserer Probleme ist ein fehlender Minimalkonsens über ökonomische Zusammenhänge. In Deutschland glaubt man, Leistungsbilanzüberschüsse seien immer gut, Defizite immer schlecht. Man glaubt, staatliche Defizite müssten per Verfassung eingeschränkt werden, staatliche Überschüsse aber nicht, ebenso wenig wie private Ungleichgewichte.

Die Ansichten zur Geldpolitik sind noch wirrer. Ich wünsche mir manchmal die alten, aufrechten Monetaristen zurück. Wenn schon konservativ, dann bitte mit Konsequenz und Intelligenz. Wahre Monetaristen würden die Politik der amerikanischen Notenbank jetzt gutheißen. Denn dort ist die Geldmenge schon seit geraumer Zeit schwach. Auch im Euro-Raum dümpelt die Geldmenge seit der Krise mit Nullwachstum. Ein echter Monetarist hätte den Leitzins der Europäischen Zentralbank nicht bei einem Prozent belassen, sondern auf null gesenkt. Echte Monetaristen sind symmetrisch. Unsere Monetaristen sind intellektuelle Asymmetriker. Sie sind nur dann Monetaristen, wenn es darum geht, die Zinsen zu erhöhen.

Deutschland gefällt sich in der Rolle des ideologischen Präfekten. Aber dahinter steckt lediglich eine Geisteshaltung, keine zusammenhängende Theorie. Die deutsche Haltung verbindet Borniertheit mit Machtinteressen. Die Regierung subventioniert die Exportindustrie durch eine Politik der realen Abwertung. Das Jobwunder ist schließlich ein Exportwunder. Da es in Deutschland keinen strategischen Wirtschafts-

„Deutschland gefällt sich in der Rolle des ideologischen Präfekten“

plan B gibt, ist jeder Bedrohung der Exportstrategie entgegenzuwirken, mit welchen Argumenten auch immer. Man beschwert sich über die amerikanische Notenbankpolitik allein deshalb, weil sie dem Exportweltmeister nicht kommod ist.

Die Amerikaner werden die Politik der quantitativen Steuerung weiter betreiben, daran besteht kein Zweifel, eventuell sogar in einer dritten Auflage im nächsten Jahr. Irgendwann wird es ihnen gelingen, die Inflationserwartungen nach oben zu schrauben, während die Inflation bei uns stabil bleiben oder noch leicht fallen wird. Der Wechselkurs des Dollars wird gegenüber dem Euro fallen und uns ein japanisches Jahrzehnt beschern. Davor hat Deutschland zu Recht Angst. Die richtige Antwort wäre daher nicht eine Fundamentalkritik an den USA, sondern in der ersten Instanz eine Abkehr vom wirtschaftspolitischen Autismus.

E-Mail [munchau@eurointelligence.com](mailto:munchau@eurointelligence.com)  
Wolfgang Münchau ist FT- und FT-Kolumnist. Er leitet den Informationsdienst Eurointelligence.

## IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wirtschaftszentren.  
**Sprecher des Chefredakteurskollegiums:** Steffen Klusmann  
**Chefredakteure:** Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)  
**Stellvertretende Chefredakteure:** Christian Baugig (Capital), Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)  
**ArtDirector:** Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)  
**Geschäftsführende Redakteurin:** Isabella Arnold  
**Chef vom Dienst:** Cosima Jäckel, Sven Sorgentrey (Stv.)  
**Bildchef:** Peter Raffelt, Jose Blanco (Stv.)  
**Unternehmen:** Guido Warlimont (LtG.), Jörn Paterak (Stv.)  
**Politik:** Andreas Theysen (LtG.)  
**Finanzen:** Tim Bartz, Ina Lockhart (LtG.)

**Geld:** Jochen Mörsch (LtG.), Helmut Kipp (Stv.)  
**Agenda:** Horst von Buttler (LtG.), Claus Gorgs (LtG.)  
**Online:** Dr. Anton Noz (LtG.)  
**Verantwortlich im Sinne des Presserechts:** Steffen Klusmann.  
Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.  
„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

**G-7 Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG**  
Stubbenhuk 5, 20459 Hamburg  
Brieffach 02, 20444 Hamburg  
Tel.: 040/519 90-0, Fax: -310

**Geschäftsführer:** Dr. Bernd Buchholz, Ingrid H. Haas  
**Verlagsleitung:** Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt  
**Gesamtanzeigenleiterin:** Helma Spielker  
**Anzeigenleiter:** Jens Kauerauf  
**Vertrieb:** DPV Deutscher Pressevertrieb, Leitung: Christopher Höpfner, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg  
**ISSN 1615-4118**  
**Nachdruckrechte/Syndication:** Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Isabella Karnauf, Tel.: 040/57 05-2590, E-Mail: [karnaufisabella@picturepress.de](mailto:karnaufisabella@picturepress.de)  
**Druck:** Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M